



Evangelische Arbeitsgemeinschaft zur
Betreuung der Kriegsdienstverweigerer



Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden e.V.
Action Committee Service for Peace - Comité d'Action Service pour la Paix

AGDF und EAK
Endericher Straße 41
53115 Bonn
Tel./Fax: 0228 24999-0/-20

agdf@friedensdienst.de
office@eak-online.de

Herrn Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle
Bayrisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus

24.06.2010

Salvatorstraße 2
80333 München

Kooperationsvereinbarung zwischen dem Staatsministerium für Unterricht und Kultus und der Bundeswehr

Sehr geehrter Herr Staatsminister Dr. Spaenle,

wir haben erfahren, dass Sie mit dem Wehrbereichskommando IV der Bundeswehr eine Kooperationsvereinbarung geschlossen haben. Im Namen von EAK und AGDF kritisieren wir diesen Vertrag und legen Ihnen im Folgenden unsere Gründe dar die gegen eine solche Vereinbarung sprechen. Die AGDF ist ein Dachverband von 35 Friedensinitiativen im Raum der evangelischen Kirche. In der EAK sind die Beauftragten für Fragen der Kriegsdienstverweigerung der EKD Gliedkirchen zusammengeschlossen.

Bereits seit vielen Jahren informieren Jugendoffiziere in Schulen über die Aufgaben und Praxis der Bundeswehr und unterstützen dabei Lehrerinnen und Lehrer bei der Gestaltung (u.a.) des Politikunterrichtes. Bayern ist nach Baden-Württemberg, Saarland, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz das fünfte Bundesland, das einen Kooperationsvertrag mit der Bundeswehr geschlossen hat. Damit erhält die Bundeswehr deutlich mehr Einfluss auf die Gestaltung der sicherheitspolitischen Bildung an Schulen. Für die Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF) und die Evangelische Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der Kriegsdienstverweigerer (EAK) als christliche Friedensorganisationen ist sehr problematisch, dass Jugendoffiziere durch die Vereinbarung an der Aus- und Fortbildung der Referendarinnen und Referendare bzw. Lehrerinnen und Lehrer beteiligt werden und einen bevorzugten Zugang zu Schulkonferenzen erhalten sollen.

Der von Ihnen geschlossene Vertrag ermöglicht den Jugendoffizieren der Bundeswehr regierungsoffizielle, in der Bevölkerung durchaus umstrittene sicherheitspolitische Konzepte zu vermitteln, die der Bundeswehr wesentliche Aufgaben in der Außenpolitik zubilligen. So zeigt z.B. das Simulationsspiel „POL&IS“ ein Bild der politischen, wirtschaftlichen und ökologischen Wirklichkeit, das den spielenden Schülern und Lehrern Militäreinsätze zur Konfliktbearbeitung als „normal“, notwendig und nützlich erscheinen lässt.

Die Bundeswehr präsentiert sich als „neutraler“ Akteur der politischen Bildung, der sie faktisch aber nicht ist und auch nicht sein kann. Der Beutelsbacher Konsens wird u.E. durch den Kooperationsvertrag unterlaufen. Erforderlich sind aber eine plurale Meinungsbildung in Verantwortung der Schule durch unabhängige Lehrerinnen und Lehrer, die Schärfung der Gewissen der Jugendlichen und die Orientierung am Friedensgebot des Grundgesetzes.

„Wer den Frieden will, bereite den Frieden vor“ ist eine zentrale Botschaft der Friedensdenkschrift von 2007 des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, die Gewaltfreiheit und Methoden der zivilen, gewaltfreien Konfliktbearbeitung den Vorrang einräumt. Das Bischofswort „Gerechter Friede“ von 2000 hat die gleiche Ausrichtung. Notwendig ist aus unserer Sicht, dass sich dies in den Bayrischen Schulen widerspiegelt und sie ihren Unterricht auch angesichts von Gewalt und Brutalität unter Jugendlichen stärker friedenspädagogisch ausrichten. Wir würden uns daher wünschen, dass Sie die Zusammenarbeit mit Friedensinitiativen suchen, wie dies zum Beispiel in Rheinland-Pfalz und dem Saarland beabsichtigt ist. So könnten z.B. Friedensfachkräfte und nach Deutschland zurückgekehrte Auslandsfreiwillige ausgehend von ihren persönlichen Erfahrungen friedensethische Impulse in den Schulunterricht einbringen oder die Beauftragten der Kirchen für Friedensarbeit könnten in den Schulen friedensethische Vorstellungen erläutern.

Anstatt den Einfluss der Bundeswehr an Schulen zu vergrößern erwarten wir von einer christlich-sozialen Regierung, dass sie dem Gebot des Friedenstiftens und dem Ziel eines gewaltfreien Zusammenlebens in der Gesellschaft und auch zwischen den Völkern eine größere Bedeutung beimisst. Hierzu bieten wir Ihnen gerne eine Zusammenarbeit an.

Mit freundlichen Grüßen,



.....
Jan Gildemeister
Aktionsgemeinschaft Dienst
für den Frieden (AGDF)



.....
Christian Griebenow
Evangelische Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung
der Kriegsdienstverweigerer (EAK)

Jan Gildemeister (0228/24 999-13, Handy 0172 70 855 37)
Christian Griebenow (0228/24 999-24, Handy 0160 90 171 990)

P.S.: Wir erlauben uns, die nachfolgend beigefügten Adressaten über unseren Brief an Sie zu informieren:

Kokon (Arbeitsstelle für konstruktive Konfliktbearbeitung der Evangelisch-Lutherischen Kirche Bayern), Kirchenamt der Evangelisch-Lutherischen Kirche Bayern